



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10986 | 14. WOCHE | 38. JAHRGANG

MITTWOCH, 6. APRIL 2016 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



POSTKOLONIAL „Einfach eine neue Perspektive“: Wie Grada Kilomba den Kulturbetrieb auffrischt ▶ SEITE 15

PANAMA PAPERS Was folgt auf die Enthüllungen über Steuerbetrug? Und wer glaubt welche Verschwörungstheorie? ▶ SEITE 2, 4, 12, 14, 20

BERLIN Weniger Müll: Mehrweg-to-go-Versuch in Kreuzberg ▶ SEITE 23

Fotos oben: Promo; Karsten Thielker

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Da sage noch einer, die vierte Gewalt habe Saft und Kraft verloren! Schon drei Tage nach dem Beginn eines nie da gewesenen Enthüllungsmarathons von 400 Journalisten und Dutzenden Medien weltweit über die Steuerbetrugsmachenschaften in Panama und die Beteiligung von aller Länder Herren gibt es weitreichende Konsequenzen weltweit. In Island. Und vorher schon in Chile. Sage und schreibe ein erpaptter Briefkastenonkel hat dort bereits seinen sofortigen Rücktritt eingereicht:

der Landeschef von Transparency International.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 15.725 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
 fax 030 | 25 90 26 80
 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
 fax 030 | 25 1 06 94
 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
tazShop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
 Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
 twitter.com/tazgezwitscher
 facebook.com/taz.kommune

Der Bio-Papst sagt: Gentechnik kann öko sein



LANDWIRTSCHAFT
 Keine Angst: Die neue Gentechnik-Methode CRISPR/Cas sei eine große Chance auch für Ökobauern, erklärt der wichtigste Biolandbau-Wissenschaftler Urs Niggli ▶ Interview SEITE 3

Gentechnik? Für die meisten Bio-Bauern und Bio-Kunden ein Tabu. Urs Niggli plädiert jetzt für eine „differenziertere Betrachtung“ Foto: Dirk Eisermann/taif

Loveparade: Protest gegen Prozess-Stopp

JUSTIZ Staatsanwaltschaft legt Beschwerde gegen Entscheidung ein

DUISBURG dpa | Die Staatsanwaltschaft Duisburg will mit einer Beschwerde erreichen, dass es doch noch einen Strafprozess zur Loveparade-Katastrophe mit 21 Toten gibt. Die ablehnende Entscheidung des Landgerichts sei „nicht nachvollziehbar und rechtsfehlerhaft“, teilte die Anklagebehörde am Dienstag mit. Die Richter hatten die Ablehnung eines Strafprozesses vor allem damit begründet, dass sich die Anklage im Wesentlichen auf ein zweifelhaftes Gutachten stütze. Über die Beschwerde der Staatsanwaltschaft entscheidet nun das Oberlandesgericht Düsseldorf. Das kann Monate dauern.

▶ Inland SEITE 7
 ▶ Meinung + Diskussion SEITE 12

CSU bremst Altmaier

FLÜCHTLINGE Scheuer nennt Zusage von Kontingenten „falsch“

BERLIN taz | Die CSU hat die Zusage von Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingskontingenten aus der Türkei kritisiert. „Nach gerade mal einem Tag des Praxistests für das EU-Türkei-Abkommen nun gleich neue Flüchtlingskontingente in die Diskussion zu bringen, ist der völlig falsche Ansatz“, sagte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer der taz. Altmaier hatte in einem taz-Interview bekräftigt, dass die EU auch nach dem sogenannten 1:1-Flüchtlingsaustausch mit der Türkei weitere Menschen aufnehmen müsse. Aus der SPD kam dafür am Dienstag Zustimmung.

▶ Schwerpunkt SEITE 2

KOMMENTAR VON SABINE AM ORDE ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Her mit den Kontingenten!

Den Mann sollte man beim Wort nehmen. Kanzleramtschef Peter Altmaier, der auch Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung ist, hat am Dienstag im taz-Interview gefordert, die EU-Länder müssten zusätzlich freiwillige Kontingente von Flüchtlingen aufnehmen. Zusätzlich heißt: jenseits der maximal 72.000 SyrerInnen, die die EU im Zuge des schmutzigen 1:1- Deals mit der Türkei aufzunehmen versprochen hat.

Die Bundeskanzlerin genießt noch immer den Ruf, flüchtlingsfreundlich und humanitär zu handeln, auch wenn ihre Bundesregierung das hiesige Asylrecht weitgehend abgeräumt hat. Jetzt könnte sie diesem Ruf gerecht werden

und zusagen, dass Deutschland in den kommenden Jahren ein Kontingent von jährlich 200.000 Flüchtlingen aufnehmen wird.

200.000 Menschen pro Jahr in Deutschland zu integrieren – das hält selbst der Scharfmacher der Union, Horst Seehofer, für machbar. Unzählige Male wiederholte er in der Diskussion über Obergrenzen diese Zahl, der sich sogar Teile der AfD anschlossen. Ohnehin sollte die Regierung nicht zu viel Angst vor den Rechtspopulisten haben: Gerade hat eine vergleichende Umfrage des renommierten Ifop-Instituts erneut gezeigt, dass 72 Prozent der Deutschen weiterhin der Ansicht sind, es sei schlicht und einfach

„die Pflicht unseres Landes“, Verfolgte oder Notleidende aufzunehmen.

Ein Vorpreschen der Deutschen muss auch den Druck auf die Türkei und die EU nicht mindern, beide Seiten der eingegangenen Verpflichtung einzuhalten – wie es in der Politik vielleicht befürchtet wird. Das wäre dann nicht der Fall, wenn die von Deutschland aufgenommenen Kontingentflüchtlinge auch aus

200.000 Menschen pro Jahr – das hält selbst Seehofer für machbar

Ländern wie Jordanien und dem Libanon kämen, die wie die Türkei einen riesigen Anteil der aus dem syrischen Bürgerkrieg Geflüchteten aufgenommen haben.

In ähnlicher Weise verfuhr Deutschland zum Beispiel vor acht Jahren schon einmal. Damals beschloss die Bundesregierung, irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien eine neue Heimat zu geben. Mitarbeiter des zuständigen Bundesamts wählten gemeinsam mit dem UNHCR vor Ort die Flüchtlinge nach drei Kriterien aus: Schutzbedürftigkeit, Integrationsfähigkeit und die Frage, ob es bereits Angehörige in Deutschland gibt.

Daran sollte die Bundesregierung anknüpfen. Schnellstmöglich.





Ernährung

Mit der neuen Gentechnikmethode CRISPR/Cas lassen sich Pflanzen leichter und genauer verändern als bisher



Das ist CRISPR/Cas

■ CRISPR/Cas ist zurzeit der bekannteste Trend in der Gentechnik: Viele Wissenschaftler sind geradezu euphorisch, weil sie mit der 2012 erstmals verwendeten Methode Erbanlagen gezielter, schneller und billiger verändern können als bislang.

■ Bei älteren Gentechnikverfahren wie der Genkanone schossen die Forscher artfremde Gene in das Erbgut und zerstörten dabei mitunter auch funktionstüchtige Teile. Zudem mussten bei diesen Methoden aus technischen Gründen auch Gene eingebaut werden, die eigentlich nicht gewollt waren.

■ Bei CRISPR/Cas dagegen schneidet ein Protein das Erbgut an einer mit hoher Genauigkeit bestimmten Stelle. Anschließend bauen die Reparatursysteme der Zelle die DNA wieder zusammen – nach einer von den Wissenschaftlern erstellten Vorlage. So können Bauteile nach Wunsch abgeschaltet, entfernt oder neu geschaffen werden.



Auch die Reben von Biowein könnten mit der neuen Methode besser gegen Krankheitserreger geschützt werden, sagt Niggli Foto: Helene David/Picturertank/Agentur Focus

„Die neue Gentechnik hat großes Potenzial“

LANDWIRTSCHAFT Urs Niggli ist der wichtigste Wissenschaftler der Bioszene, die jede Genmanipulation ablehnt. Nun macht er eine innere Wende öffentlich: Die neue Methode CRISPR/Cas bietet auch für Ökobauern große Chancen. Ist das Verrat an alten Idealen?

INTERVIEW JOST MAURIN

taz: Herr Niggli, Sie haben lang gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft gekämpft. Jetzt kann man mit der Gentechnikmethode „CRISPR/Cas“ Pflanzen und andere Lebewesen einfacher und genauer manipulieren als mit den bisherigen Verfahren. Müssen Sie Ihre Haltung zur Gentechnik ändern? Urs Niggli: CRISPR/Cas hat großes Potenzial. Sie hat aber wie jede Technologie auch Risiken und kann falsch verwendet werden. Das sollte man für jede Anwendung einzeln bewerten, statt diese Technik generell abzulehnen. Ich weiß jetzt schon Anwendungen, die Sinn machen. Man muss schauen, wie die Risiken im Vergleich zu denen anderer Lösungen für die Probleme sind, bei denen man sie einsetzen will.

Welche Anwendungen wären denn sinnvoll?

Man kann zum Beispiel Gene für Krankheitsanfälligkeit ausschalten oder Resistenzgene aus der verwandten Wildpflanze wieder in moderne Sorten einführen. Das sind Eigenschaften, die zum großen Teil durch die Züchtung auf Ertrag oder Qualität in den letzten hundert Jahren verloren gegangen sind. Da könnte man tatsächlich in großem Maßstab Pestizide einsparen.

Pflanzen, die sich besser gegen Krankheitserreger wehren – das wäre doch auch etwas für die Ökolandwirtschaft, oder? Ja, im Biolandbau ist zum Beispiel die Pilzkrankheit Falscher Mehltau ein ungelöstes Problem. Sie reduziert bei der Kartoffel, der Weinrebe, bei vielen Gemüsen oder beim Hopfen die Erträge und erhöht die Kosten. Wenn wir Ökobier trinken,

dann wurde der Hopfen mit einem kupferhaltigen Pestizid behandelt. Das Ende der EU-Zulassung für Kupfer ist aber absehbar, weil es ein Schwermetall ist, das im Boden nicht abgebaut wird, und weil es dort Bakterien und Pilze hemmen kann. Wir arbeiten am Forschungsinstitut für biologischen Landbau an Pflanzenextrakten, um Kupfer zu ersetzen, doch es ist noch ein langer Weg bis zur Vermarktung.

Die Bioverbände lehnen CRISPR/Cas ab. Was sagen Sie zu deren Argument, man könnte durch traditionelle Kreuzung krankheitsresistente Sorten züchten?

Das würde vermutlich 30, 40 Jahre Züchtungsarbeit und große Geldmittel voraussetzen. Ich bezweifle, dass die Gesellschaft bereit ist, das zu finanzieren. Es dauert in der Regel 20 Jahre, eine Apfelsorte zu züchten, die gegen die Schorfkrankheit resistent ist. Oft verändert sich der Erreger dann schon nach 5 Jahren so, dass er die Früchte doch wieder schädigen kann.

Empfehlen Sie der Ökobranchen, CRISPR/Cas zu akzeptieren?

Die Biobauern entscheiden das selber, und es überwiegt eine ablehnende Skepsis. Für den Ökolandbau sind nicht nur technische Überlegungen relevant, es geht auch um die Natürlichkeit und die Authentizität der Lebensmittel. Da könnte CRISPR/Cas bereits ein Schritt zu viel sein.

Welche Folgen hätte es, bliebe die Branche bei ihrer Ablehnung von CRISPR/Cas-Pflanzen?

Ich gehe davon aus, dass die Biobranche konsequent bleibt,

die Technik grundsätzlich ablehnen und keiner Fall-zu-Fall-Beurteilung jeder einzelnen Anwendung zustimmen wird. Das bedeutet, dass die Ökoszene ihre Anstrengungen für die eigene Züchtung vervielfachen muss. Es wäre unschön, wenn der konventionelle Bauer eine Kartoffelsorte hätte, die ohne Pestizide auskommt – und der Biobauer eine Kartoffelsorte, die er mit Kupfer spritzen muss.

Die alte Gentechnik wird vor allem dazu genutzt, Pflanzen resistent gegen chemische Pestizide zu machen und konventionelle Monokulturen zu erleichtern. Warum glauben Sie, dass die neue Gentechnik nun Sinnvolleres schaffen kann?

Die alte Gentechnik ist getrieben durch die großen Konzerne, denn sie ist sehr teuer – unter anderem wegen aller der Sicherheitsauflagen, die zu Recht da sind. Diese Unternehmen haben eine industrielle Landwirtschaft im Blick und das Interesse, nicht nur Saatgut, sondern auch dazu passende Unkrautvernichtungsmittel zu verkaufen. CRISPR/Cas können auch kleine Züchter anwenden: Sie ist technisch extrem einfach, und eine Anwendung kostet nur ungefähr 50 bis 60 Euro.

Auch Monsanto und andere Saatgutkonzerne sind an CRISPR/Cas dran. Bauen sie mit der Methode ihre jetzt schon große Marktmacht aus? Das sehe ich nicht so. CRISPR/Cas ist eine demokratische Methode. Mittlerweile nutzen sie ja Tausende von staatlichen Labors.

Könnten nicht auch Pflanzen der neuen Gentechnik patentiert werden, sodass Züchter sie

nur mit Genehmigung der Patentinhaber weiterentwickeln dürfen?

Die Patentsituation ist zurzeit völlig unklar. Bei dem Einsatz, wie ich ihn mir vorstelle, wird nur ein winziger Teil des Erbguts verändert: weniger als 20 Basenpaare, von denen eine Pflanze insgesamt etwa 70 Milliarden hat. Und die Mutation ist nicht von einer natürlichen zu unterscheiden. Da dürfte es schwierig werden, eine Patentverletzung nachzuweisen.

Wie sollte man Saatgut und Lebensmittel aus CRISPR/Cas-Pflanzen kennzeichnen?

Ich unterstütze das Anliegen der Bioverbände, dass die Züchtungsmethode gekennzeichnet wird. Wenn man aber „gentechnisch verändert“ draufschreibt, ist die Methode gestorben, bevor man sie kennt. Denn kaum jemand in Europa würde solche Lebensmittel kaufen. Vielleicht könnte man eine neue Kennzeichnung einführen, zum Beispiel „CRISPR/Cas“.

Sollen CRISPR/Cas-Pflanzen nach den gleichen Regeln zugelassen werden wie Produkte der alten Gentechnik?

Nein. Ich plädiere für ein neues, sehr differenziertes Prüfverfahren. Es wird Eigenschaften wie Krankheitsresistenzen geben, die sich durch kleinste Änderungen des Genoms etwa von einer amerikanischen Rebsorte auf eine europäische übertragen lassen und vermutlich risikoarm sind. Da sollten die Anforderungen nicht so streng sein, wie wenn zum Beispiel artfremde Gene eingeführt werden.

Warum ein „Zulassungsverfahren light“ für manche CRISPR/Cas-Pflanzen?

Sonst müssten die Züchter für

jedes CRISPR/Cas-Produkt bei der Zulassung ein gigantisches Dossier mit Versuchsergebnissen und Analysen vorlegen. Das werden sich dann vor allem die großen Konzerne leisten können. Die Zulassung muss transparent sein, es muss auch auf Risiken geprüft werden. Aber wenn jede CRISPR/Cas-Pflanze genauso wie eine Sorte der alten Gentechnik behandelt wird, dann wird das die vernünftigen Anwendungen und die kleinen Züchter abwürgen.

Was genau bei CRISPR/Cas im Erbgut passiert, wissen wir nicht – damit besteht sehr wohl ein Risiko, oder?

Das weiß man auch bei einer traditionellen Züchtung nicht. So kann auch ein Apfel ein leicht erhöhtes Allergiepotezial haben, der aus einer Kreuzung einer modernen Sorte mit dem schorfresistenten Japanischen Wildapfel entstanden ist.

Ein weiteres Gegenargument ist, dass auch die neue Methode CRISPR/Cas manchmal ungewollte Mutationen produzieren würde und deshalb ein unkalkulierbares Risiko sei.

Das ist eine Nullrisikostategie verfolgen sollen, finde ich weltfremd. Jäger begannen vor 10.000 Jahren, die Kuh zu züchten, und sahen, dass mit Kuhmist die Gräser auf ihren Äckern viel besser wuchsen. Wenn die nach dem Maßstab Nullrisiko vorgegangen wären, hätten die den Kuhmist nie aufs Feld getan.

Was halten Sie denn davon, die Technik bei Bio-Tieren anzuwenden?

Die Probleme in der Tierhaltung kann man komplett auf dem normalen Züchtungsweg lösen. Da sehe ich keine Notwendigkeit. Da stellen sich bei

mir im Gegensatz zu den Pflanzen größere ethische Probleme. **Die Biolobby kämpft dafür, dass CRISPR/Cas-Pflanzen wie Pflanzen der alten Gentechnik eingestuft werden. Ist Ihr Plädoyer für ein neues Zulassungsverfahren da nicht Verrat?**

Ich habe bereits vor 25 Jahren an vorderster Front gegen Gentechnik gekämpft und gehofft, dass die Schweiz ein Anwendungsmoratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen hat. CRISPR/Cas unterscheidet sich stark von der damaligen Gentechnik und berücksichtigt zahlreiche Kritikpunkte von damals. Mit einer differenzierteren Betrachtung gebe ich meine Ideale also nicht auf.

Lehnen Sie die Kampagne der Biobranche gegen CRISPR/Cas ab?

Nein. Es ist klar, dass man jetzt politisch Druck machen muss, damit eine Kennzeichnungspflicht kommt und die Wahlfreiheit bestehen bleibt. Aber die Gefahr ist, dass man völlig überreagiert und irrationale Ängste schürt.

Urs Niggli

■ 62, ist Pflanzenwissenschaftler und seit 1990 Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) in der Schweiz. Die Organisation ist die wichtigste Wissenschaftsinstitution für die Ökolandwirtschaft. Zudem



Foto: FiBL

lehrt der Professor ökologische Agrarwissenschaften an der Uni Kassel-Witzenhausen.